

02/2021 Digital-Event zum Internationalen Frauentag, Highlights im Bundestag, Telefonsprechstunden und Wahlkreis-Informationen

Liebe Leserin, lieber Leser,

als Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg erreichen mich völlig unterschiedliche Mitteilungen "rund um Corona", u.a.: Dank für die gute Organisation "rund ums Impfen" von sehr vielen über 80-Jährigen und auch aus Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe; von seelisch zunehmend belasteten Menschen, die unter dem Mangel an sozialen Kontakten leiden; von Menschen mit finanzieller Existenzangst – und ja auch Verhetzungen, auf die ich nicht näher eingehen will.

In meiner SPD-Fraktion diskutieren wir häufig und intensiv darüber, welche längerfristigen Perspektiven wir den Bürger*innen bieten können. Fakt ist: Menschen, die es eh schon finanziell schwer haben, sollen entlastet werden: Deshalb gibt es bis Ende des Jahres einen erleichterten Zugang zur Grundsicherung. Erwachsene Grundsicherungsempfangende erhalten einen einmaligen Zuschuss von 150 Euro und jedes Kind einen Kinderbonus von 150 Euro. Der DigitalPakt Schule wurde um 500 Millionen Euro aufgestockt. Bundesminister Hubertus wies die Jobcenter an, Kosten für digitale Endgeräte zu übernehmen, da diese für das Homeschooling notwendig sind. Der Kunst- und Kulturbereich erhält mit der "Neustarthilfe Kultur" eine Milliarde Euro zusätzlich. Die "Neustarthilfe für Soloselbstständige" wird für diejenigen mit kurzen Beschäftigungszeiten optimiert.

Die Diskussion geht auch diese Sitzungswoche weiter – nehmen Sie teil! Die Plenardebatten sind öffentlich und werden live und auch in Gebärdensprache vom Parlamentsfernsehen unter www.bundestag.de übertragen, vieles übrigens auch beim Fernsehkanal Phönix. Sie können die Debatten auch später in der Mediathek abrufen. Wenn Sie unterwegs sind, finden Sie unser Angebot zur Transparenz über die App "Deutscher Bundestag".

Reform des Betreuungsrechts vor dem Abschluss im Bundestag

Als Berichterstatterin für die Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechtes habe ich mich in den vergangenen Monaten intensiv mit diesem großen Reformpaket beschäftigt. Nachdem bereits vor dem Gesetzgebungsverfahren zwei Forschungsprojekte durchgeführt und ein breiter Dialogprozess im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens stattgefunden hat, wird das Betreuungsrecht nun zum 1. Januar 2023 grundlegend reformiert. In dieser Woche findet die 2. und 3. Lesung im Bundestag statt, Ende März wird das Gesetz dann noch durch den Bundesrat verabschiedet.

Das Thema "rechtliche Betreuung" betrifft viele Menschen. Allein im Jahr 2015 wurden für rund 1,25 Mio. Personen Betreuungen geführt. Dazu gehören u.a. an Demenz erkrankte Menschen und auch die bunte Gruppe der Menschen mit Behinderungen in all ihrer Vielfalt, die ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben wollen.

Die Reform ebnet den Weg hin zur unterstützten Entscheidungsfindung und weg von stellvertretendem und ersetzendem Handeln durch Betreuer*innen. Der Wunsch der betreuten Person ist künftig Richtschnur für deren Handeln. Das ist gut, richtig und längst überfällig. Und es entspricht nun endlich auch den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention.

Es braucht gute Rahmenbedingungen, damit in der Praxis das Selbstbestimmungsrecht auch tatsächlich ausgeübt werden kann. Ich habe mich für den Ausbau und die Stärkung dieser Rahmenbedingungen eingesetzt. So konnte ich zusammen mit meiner SPD-Fraktion zum Beispiel erstreiten, dass niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdestellen eingerichtet werden. Auch die schon lange in der Kritik stehende Sterilisationsregelung wird auf unseren Druck geändert. Damit wird auch in diesem Gesetzesbereich endlich anerkannt, dass eine Behinderung für sich kein Grund ist, ein Kind von seiner Mutter zu trennen.

Equal Care Day, Internationaler Frauentag, Equal Pay Day

Zu Recht wird über die "Retraditionalisierung" von Geschlechterrollen zulasten von Karriere, eigenem Einkommen und Rentenansprüchen für Frauen sowie über die Gefahr des Verlustes erkämpfter Gleichstellungserfolge während der Corona-Pandemie diskutiert. Ich kämpfe für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen – angesichts der bestehenden Lohnlücken und der Ungleichheit der Geschlechter in Bezug auf die Verwirklichung eines gleichzeitigen Erwerbs-Sorge-Modells nach wie vor auch noch höchst bedeutsam. Ich danke u.a. dem Deutschen Frauenrat (https://www.frauenrat.de/), dass die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit und Parität auf der Tagesordnung bleibt. Für einen demokratischen Rechtsstaat ist eine konsequente Frauen-, Gleichstellungs- und Genderpolitik unerlässlich. Dafür kämpft auch die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) und die SPD auf Bundes- (https://asf.spd.de/) und Berliner (https://asf-berlin.de/) Ebene. Immer wieder auf deren Websites zu schauen, lohnt sich.

In naher Zukunft kein flächendeckender Tarifvertrag in der Pflege

Mit der Entscheidung (https://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/gesundheit/der-tarifvertrag-in-der-altenpflege-komm?fbclid=lwAR0A3-

I3GXk9HWx4VfjMK01bx4xDmKj7h5S0JAtbgO9tWqq6UH8SVFJVeqk) der Dienstgeber bei der Caritas vom 25. Februar 2021 ist das seit Beginn der Legislatur und in der Konzertierten Aktion Pflege vereinbarte Vorhaben der Schaffung eines flächendeckenden Tarifvertrages für die 1,2 Millionen Beschäftigten in der Altenpflege leider, leider vom Tisch. Für mich ist die Entscheidung der Caritas kein guter Dienst auf dem Weg zur Aufwertung der Sorgeberufe.

Nun jubeln diejenigen, die verstärkt auch an einer Profitmaximierung durch Pflegeeinrichtungen interessiert sind - allen voran Rainer Brüderle (FDP), Bundesminister a.D. und jetzt Präsident des Arbeitgeberverbandes für die private Pflegewirtschaft. Auch Bundesgesundheitsminister Spahn ist - trotz gemeinsamen KAP-Beschlusses - kein strikter Verfechter für einen mit den Gewerkschaften vereinbarten Weg. Wirksame umfassende Vorschläge im Interesse der Beschäftigten und der Langzeitpflege Empfangenden haben wir aus seinem Hau-

se noch nicht erhalten. Hintergrundinformationen zum auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion 2019 verabschiedeten Pflegelöhneverbesserungsgesetz: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw43-de-pflegeloehneverbesserungsgesetz-663300. Wir Sozialdemokrat*innen werden wie schon seit Jahren weiter für eine Aufwertung und bessere Entlohnung des Pflegeberufes für alle kämpfen.

I. Meine politischen Highlights im Deutschen Bundestag

In der letzten Sitzungswoche gehörte dazu meine Rede zur Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum, um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu vermeiden (https://www.mechthild-rawert.de/inhalt/2021-02-28/mehr bezahlbarer wohnraum f r alle obdachlosigkeit vorbeugen mei) – aber auch folgende parlamentarische Initiativen bzw. Aktionen:

Femizide

Als Berichterstatterin für das Thema "Femizide" in der AG Recht und Verbraucherschutz freut es mich, dass aus der SPD-Bundestagsfraktion heraus initiierte Vorhaben zu einer stärkeren strafrechtlichen Sanktionierung bei Gewalt aus geschlechtsspezifischen Beweggründen führen soll (https://www.mechthild-rawert.de/inhalt/2020-11-24/femizid mord an einer frau weil sie eine frau ist). Am 1. März 2021 fand hierzu die Öffentliche Anhörung "Femizide in Deutschland" statt.

§ 219 a

Ich habe das Thema "Streichung des § 219 a" erneut in meine AG Recht und Verbraucherschutz eingebracht. Es freut mich, dass ich nun hierfür die Berichterstatterin geworden bin und wir dieses für die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte höchst bedeutsame gleichstellungspolitische Herausforderung am 2. März 2021 auch mit unserem Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich diskutieren.

• Grundgesetz: Kinderrechte rein, "Rasse" raus

Ende Januar 2021 hatten sich CDU/CSU und SPD endlich darauf geeinigt, dass die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden sollen. Es bedarf dazu einer 2/3 Mehrheit des gesamten Parlamentes. Deshalb sind wir derzeit dabei, in enger Kooperation mit den Oppositionsfraktionen, insbesondere Bündnis 90/Grüne und Die Linke, einen entsprechenden Gesetzentwurf zu formulieren.

Der Prozess stockt leider bei der von der SPD gewollten Streichung des Begriffs "Rasse" aus dem GG. Ich habe deshalb die Kampagne zur Grundgesetz-Erweiterung unterschrieben: https://www.grundgesetz-fuer-alle.de/Mitmachen/. Machen Sie dieses bitte auch!

• Aufruf: Solidarität mit der Opposition in Belarus zum 8. März

Seit Monaten demonstrieren die Menschen in Belarus gegen die Diktatur Aljaksandr Lukaschenkas und fordern freie Neuwahlen und eine Verfassungsreform. Amnesty International berichtet, dass mittlerweile sogar Kinder verhaftet oder als Geiseln genommen werden. Zusammen mit anderen Parlamentarier*innen beteilige ich mich an der Initiative meiner SPD-Kolleginnen Doris Barnett, Dr. Daniela De Ridder und Leni Breymaier. Sie rufen anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2021 zu einer Spendenaktion zugunsten dieser Kinder sowie ihrer Eltern auf.

Ich beteilige mich und bitte auch Sie darum: Bitte spenden Sie Spielzeug (weder Kriegsspielzeug noch welches mit Batterie) für diese Kinder und senden Sie dieses bis Freitag, den 5. März 2021 an die belarussische Botschaft in Berlin mit einem Begleitschreiben zugunsten der inhaftierten Kinder und der belarussischen Opposition. Die Adresse lautet: Botschaft der Republik Belarus, Am Treptower Park 32, 12435 Berlin.

II. Einblick in meine aktuelle Sitzungswoche (1. - 5. März 2021)

Auf die Anfang März noch nicht geeinte Tagesordnung (https://www.bundestag.de/tagesordnung?week=9&year=2021) des Deutschen Bundestages wird am 4. oder 5. März noch die **Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechtes** aufgenommen und ich werde hierzu im Plenum reden. Mich freut sehr, dass wir Sozialdemokrat*innen u.a. für das zum 1. Januar 2023 in Kraft tretende Gesetz erreichen konnten, dass

- allein die Bestellung einer Betreuer*in keinen automatischen Ausschluss der Prozessfähigkeit bewirkt,
- die Betreuungsvereine gestärkt und die Anbindung von ehrenamtlichen Betreuer*innen an diese ausgebaut wird
- unabhängige niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdestellen eingerichtet werden sollen
- das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz den Austausch zu einer Bundesfachstelle "Unterstützte Entscheidungsfindung" initiiert
- das Thema barrierefreie Kommunikation und die Frage nach der Kostenübernahme für Gebärdensprache und andere Kommunikationshilfen stärker in den Mittelpunkt rückt
- für Berufsbetreuer*innen die Anforderungen hinsichtlich ihrer Professionalisierung verstärkt in den Blick genommen werden
- gegen den natürlichen Willen einer rechtlich betreuten Frau diese nicht sterilisiert werden darf.

Der politisch zu zahlende Preis an die CDU/CSU-Fraktion ist die Hinnahme des neu eingeführten Ehegattenvertretungsrechtes für sechs Monate.

Weitere schon feststehende TOPs dieser Plenarwoche sind:

u.a.

2./3. Les. CDU/CSU und SPD-Entwurf eines Gesetzes zur Fortgeltung der die epidemische Lage von nationaler Tragweite betreffenden Regelungen und Antrag CDU/CSU und SPD "Feststellung des Fortbestehens der epidemischen Lage von nationaler Tragweite", etc.

Wir Parlamentarier*innen debattieren intensiv über das "EpiLage-Fortgeltungsgesetz", u.a. über Regelungen zum Langzeitpflegebereich, über die Befugnisse und Grenzen der Exekutive unter verfassungsrechtlichen Aspekten. Strittig ist auch das starre Festhalten an Inzidenzwerten als Begründung für weitere Shutdown-Einschränkungen.

- Unterrichtung durch die Bundesregierung "Nationaler Bildungsbericht Bildung in Deutschland 2020"
- Debatte zum "Internationalen Frauentag"
- 2./3. Les. CDU/CSU und SPD-Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des **Personenbeförderungsrechts** und 2./3. Les. Reg.-Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personenbeförderungsrechts, etc.
- 1. Les. Reg.-Entwurf eines Gesetzes zur Rehabilitierung der wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen, wegen ihrer homosexuellen Orientierung oder wegen ihrer geschlechtlichen Identität dienstrechtlich benachteiligten Soldatinnen und Soldaten

III. Spannendes aus der SPD

#HerzenssacheBerlin

Als Mitglied der wunderbaren Partei SPD arbeite ich aktiv mit bei der Ausgestaltung des Berliner SPD-Wahlprogramms #HerzenssacheBerlin

(https://spd.berlin/magazin/aktuelles/wahlprogramm-soziale-und-sichere-metropole/). Wir wollen ein Berlin der Innovation und Zukunftsfähigkeit, wollen eine soziale und sichere Stadt, eine ökologische Stadt, in der Vielfalt und Freiheit gelebt wird, eine Stadt der großen Chancen für jedes Kind. Mein politisches Ziel ist ein inklusives, ein barrierefreies Berlin. Ein Berlin, in dem Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen die gleichen Chancen und Rechte auf Teilhabe haben – bei der Bildung und im Erwerbsleben, bei der Kultur, im Sport und auch in ihrer Freizeit. Niemand soll sich ausgeschlossen fühlen, Zusammenhalt und Solidarität gilt für uns alle. Dafür kämpfe ich als Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD Berlin.

• SPD-Bundeswahlprogramm

Der SPD-Parteivorstand hat am 1. März 2021 den Entwurf für "Das Zukunftsprogramm der SPD - Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben" (
https://www.zukunftfuerdich.de) verabschiedet. Dieser Programmentwurf wird in den anstehenden innerparteilichen Diskussionen sicherlich noch weiter geschärft. Beschlossen wird das Wahlprogramm dann auf dem Bundesparteitag am 9. Mai 2021.

Deutlich wird: Wir Sozialdemokrat*innen wollen einen Politikwechsel herbeiführen. Wir wollen Zukunft gestalten. Wir sind überzeugt: Zukunft braucht Führung und die Sozialdemokratie bewirbt sich mit unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz um diese Führung. Ich bin sicher, Sie werden vieles in der Presse verfolgen – lesen Sie alles bitte intensiv. Bitte teilen Sie mir unter der Emailadresse mechthild.rawert.wk@bundestag.de mit, was Sie von der künftigen Regierungspartei SPD erwarten.

IV. Spannendes aus und für Tempelhof-Schöneberg

 Aufruf zur Teilhabe an der Gründung einer bezirklichen AG Selbst Aktiv - Menschen mit Behinderungen in der SPD Berlin

Inklusion und Barrierefreiheit gehört zu meinen Schwerpunkten im Deutschen Bundestag. Ich freue mich sehr über die Gründung der AG Selbst Aktiv in meinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg. Wussten Sie, dass bundesweit rund 25 Prozent der Bevölkerung von einer Beeinträchtigung betroffen ist, bundesweit knapp 12 Prozent der Bevölkerung (fast 10 Millionen Menschen) als schwerbehindert gelten und dass fast 90 Prozent der Beeinträchtigungen durch eine im Lebenslauf auftretende Erkrankung verursacht werden und nur knapp 3 Prozent der Behinderungen angeboren sind bzw. im ersten Lebensjahr treten?

Alle Menschen haben die gleichen Rechte – das gilt auch für Menschen mit und ohne Behinderungen. Wir Sozialdemokrat*innen wollen dazu beitragen, dass Barrieren und Hindernisse in Tempelhof-Schöneberg abgebaut werden und neue gar nicht erst entstehen. Deshalb gründen wir eine bezirkliche Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD Berlin.

Wir suchen Mitstreiter*innen: Menschen mit und ohne Behinderungen, Menschen mit und ohne SPD-Parteibuch, die Lust haben, sich für mehr Vielfalt und Inklusion in Tempelhof-Schöneberg aktiv einzusetzen. Mit ihnen gemeinsam wollen wir Barrierefreiheit und Inklusion in jedem Lebensbereich, u.a. Familie, Bildung und Ausbildung, Erwerbsarbeit, Wohnen und Mobilität, Gesundheit, Freizeit, Kultur und Sport, Sicherheit, Schutz vor Gewalt, Politik und Öffentlichkeit, durchsetzen - und das ist gut für uns alle.

Zwei SPD-Mitglieder stehen Interessierten für Fragen in dieser Gründungsphase als Ansprechpartner*innen zur Verfügung:

- Britta Ballhause, SPD Friedenau; Email: <u>Britta.Ballhause@web.de</u>
- Karsten Häschel, SPD City; Email: info@haeschel-inklusion.de

Packen wir es also gemeinsam an! Machen wir Barrierefreiheit und Inklusion vom Nischenthema zum echten Lebensthema.

V. Termine / Veranstaltungen

1. EINLADUNG

zur Videokonferenz "Gläserne Decke mal 2 – Potentiale von Frauen mit Beeinträchtigungen nutzen" am Internationalen Frauentag, 8. März 2021, 14.00 bis 15.30 Uhr auf YOU TUBE unter dem Link: frauentag 2021. mechthild-rawert.de

Der 110. Internationale Frauentag findet 2021 coronabedingt überwiegend digital statt. Frauen kämpfen mit vielen Mitstreiter*innen für eine stärkere Durchsetzung von Frauenrechten und für mehr Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit. Derzeit besteht die Gefahr des "Rückfalles auf eine Rollenteilung wie zu Zeiten unserer Großeltern" und eine "entsetzliche Retraditionalisierung" (Jutta Allmendinger). Als Frauen-, Gleichstellungs- und

Genderpolitikerin fordere ich: Die strukturelle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern muss konsequenter als bisher bekämpft werden!

"Frausein" und "behindert sein" führt nachweislich schon jeweils für sich alleine zu Benachteiligungen. Frauen mit Behinderungen sehen sich nicht selten mit Vorurteilen und Stereotypen wie nicht leistungsfähig genug, öfter krank und weniger qualifiziert konfrontiert. Wie erleben sie selbst ihre Lebenslage im Erwerbsleben aber auch in der SPD? Was bieten Arbeitgeber*innen an inklusiven Strategien? Was sind erfolgreiche Strategien der Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Teilhabe?

In der Veranstaltung "Gläserne Decke mal 2 – Potentiale von Frauen mit Beeinträchtigungen nutzen" werden wir uns mit diversen Barrieren und Herausforderungen für Frauen mit Beeinträchtigungen auf ihren Lebenswegen auseinandersetzen. Im Rahmen der Veranstaltung kommen wir mit verschiedenen Akteurinnen ins Gespräch, die uns von ihren individuellen Erfahrungen und Erlebnissen erzählen. In den Interviews werden u. a. Sichtweisen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer*innen als auch die einer Vertrauensperson bzw. Frauenbeauftragten aufgezeigt.

Programm:

Die Begrüßung erfolgt durch Mechthild Rawert (MdB), die auch die Moderation übernimmt.

Anschließend folgen drei Videobeiträge, in denen sich Protagonistinnen aus Dienstleistungsunternehmen des Gesundheitswesens und der Industrie als auch einem sozialen Handwerksund Dienstleistungsunternehmen zur doppelten "Gläsernen Decke" äußern. Doch sehen und hören Sie selbst die nachfolgenden Gesprächspartnerinnen von Mechthild Rawert (MdB):

- Interview in den Alexianer St. Hedwig Kliniken Berlin GmbH mit
 Ina Jarchov-Jadi, Pflegedirektorin im St. Hedwig Krankenhaus
 Sabrina Roßius, Stationsleitung der Intensivstation im Krankenhaus Hedwigshöhe
 Angelika Dahl-Dichmann, Schulleiterin der Alexianer Akademie für Gesundheitsberufe Berlin/ Brandenburg
- Interview in einem Gewerbehof mit
 Britta Ballhause, Vertrauensperson der Menschen mit Behinderungen
- Interview im Lwerk Kunstwerk blisse Berlin mit Kerstin Lorenz, Frauenbeauftragte im Lwerk Christin Rüß, Vertrauensperson Frauenbeauftragte

Wie stark agiert die SPD als Inklusionspartei nach innen und außen? Welche Gläserne Decke konnte aus den Angeln gehoben werden, welche existiert noch weiterhin? Was folgt an Forderungen aus der Tatsache, dass 30 Prozent der Männer mit Beeinträchtigungen erwerbstätig sind aber nur 20 Prozent der Frauen mit Beeinträchtigungen?

Sarah Friedeberg und Mechthild Rawert diskutieren über Empowerment, Rollenklischees und Stereotype, über individuelle und strukturelle Barrieren über Inklusion in und durch die SPD, etc. mit

 Anieke Fimmen, SPD-Kreis Pankow, Emma Sheyman, SPD-Kreis Mitte, Regine Laroche, SPD-Kreis Friedrichshain-Kreuzberg und Sasa Raber, SPD-Kreis Marzahn-Hellersdorf.

2. Telefonsprechstunden zu Gesundheit, Inklusion und Pflege

Sehr häufig sind in den letzten Monaten Fragen zu den Bereichen Gesundheit, Inklusion und Pflege an mich herangetragen worden. Daher bietet meine hier sehr erfahrene Mitarbeiterin Güllü Kuzu aus dem Wahlkreisbüro in Lichtenrade regelmäßig Telefonsprechstunden unter: 030 70 07 43 60 oder 0176 50 65 58 10 an. Wann:

- jeden dritten Montag von 12 bis 15 Uhr, also am 15. März und am 12. April 2021
- jeden dritten Freitag von 10 bis 13 Uhr, also am 15. März und am 16. April 2021

Sie erreichen Güllü Kuzu auch unter der E-Mailadresse: mechthild.rawert.wk06@bundestag.de

3. VORANKÜNDIGUNG

EINLADUNG zum ersten digitalem Kennenlerntreffen für Inklusions-Aktive und Selbst Aktive am 30. März 2021, 17.30 bis 19 Uhr

Machen Sie mit beim ersten Kennenlerntreffen der neu zu gründenden AG Selbst am Dienstag, 30. März 2021, 17:30 bis 19:00 Uhr. Nehmen Sie Kontakt auf zu Ihren Ansprechpartner*innen Britta Ballhause und Karsten Häschel (siehe oben).

Zu diesem Termin werden alle in Tempelhof-Schöneberg registrierten Selbst Aktiv-Mitglieder und die sich bei Britta Ballhause und Karsten Häschel für eine aktive Mitarbeit Interessierenden eingeladen.

4. VORANKÜNDIGUNG

EINLADUNG zur Videokonferenz

"Solidarisch und klimagerecht in die Zukunft: Warum wir eine sozial-ökologische Transformation brauchen" am 27. April 2021, 18.00 – 20.00 Uhr

Das Nachdenken über die sozial-ökologische Frage hat in der SPD eine lange Tradition. Erinnert sei an die Forderung von Willy Brandt 1961 nach dem "Blauen Himmel über der Ruhr". In dieser Fraktion vor Ort-Veranstaltung mit Dr. Matthias Miersch, dem stellv. Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Tourismus, und mir, wollen wir aufzeigen, dass sich Klimaschutz, gesellschaftliche Solidarität und wirtschaftliche Innovation keinesfalls ausschließen. Als SPD-Bundestagsfraktion gehen wir mit dem Kohleausstieg, dem Strukturstärkungsgesetz oder der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wichtige Schritte, um diese Ziele miteinander zu verbinden. Zugleich bleibt noch vieles zu tun: mehr Investitionen in zukunftsfähige grüne Technologien, den Schutz und den Ausbau von guter Arbeit, die Fortführung der Energiewende in Bürger*innenhand.

Wir wollen mit engagierten Bürger*innen und BVV-Mitgliedern und Ihnen über unsere Vorhaben und unsere Idee einer sozial-ökologischen Transformation diskutieren und zeigen, dass Klimaschutz-Politik für die große Mehrheit der Bevölkerung möglich ist.

Merken Sie sich den Termin gerne schon jetzt vor. Melden Sie Ihr Interesse schon mal an unter: mechthild.rawert.wk@bundestag.de. Eine Einladung mit weiteren Informationen zum Programm und dem Link für den Online Dialog folgt zeitnah. Ich werde Sie zusätzlich auf meiner Homepage und in den sozialen Medien informieren.

5. VORANKÜNDIGUNG

EINLADUNG zur Videokonferenz

"Für ein Barrierefreiheitsgesetz JETZT" am 28. April 2021, 16.30 - 18.30 Uhr u.a. mit Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Dass wir in Deutschland endlich die vielen Barrieren abbauen, die Menschen mit Beeinträchtigungen das Leben erschweren, ist längst überfällig. Deutschland muss die Regelungen des European Accessibility Act (EAA) in deutsches Recht umsetzen. Das bedeutet konkret: Ab dem 28. Juli 2022 sind private Anbieter zur Barrierefreiheit bei Produkten und Dienstleistungen, zum Beispiel beim Online-Handel, verpflichtet. Auch Computer, Notebooks, Smartphones und Tablets einschließlich dazugehöriger Betriebssysteme oder Notrufe sind für alle Verbraucher*innen barrierefrei zu gestalten. Gleiches gilt u. a. für Bankautomaten, Kartenlesegeräte in Supermärkten oder die Parkuhr im öffentlichen Raum. Zur Umsetzung braucht es noch viel politischen Druck aus der Zivilgesellschaft – packen wir es an.

VI. Weitere Informationen für Sie

Abonnieren Sie meinen **YouTube-Kanal**: youtube.mechthild-rawert.de. Hier finden Sie Aufzeichnungen spannender digitaler Veranstaltungen:

- Erinnerung braucht einen Ort: Doch das Zeugnis lebt fort Der jüdische Beitrag zu unserem Leben. Gedenkveranstaltung anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus vom 31. Januar, unter https://youtu.be/Fv3gi0LT Y
- Digitales Informationsgespräch zum Betreuungsrecht: Gesetzentwurf zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 4. Februar, unter https://youtu.be/mS4TTczSlbo

Meine **Website** informiert stets aktuell über meine Arbeit in Bundestag und Wahlkreis sowie meine politischen Schwerpunkte: www.mechthild-rawert.de

Ebenfalls spannend – meine **Angebote in den sozialen Netzwerken**. Folgen Sie mir bei:

- www.facebook.com/Mechthild.Rawert
- www.instagram.com/mechthild rawert
- <u>Twitter.com/MechthildRawert</u>